

(Abg. Ferkel)

(A) brauchten Sie nicht eine derartige scharfmacherische Hezrede hier zu halten. Aber Ihnen ist es ja nicht nur um die Kommunisten, sondern um die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu tun. Es ist sehr interessant gewesen, daß der Abg. Frißsche die Entscheidung des Staatsanwalts und außerdem noch das ärztliche Gutachten hier vortragen konnte. Die Regierung wußte noch nichts davon. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Minister mußte sagen: „Nach meiner Kenntnis“, konnte aber nicht sagen, wie es in Wirklichkeit ist. Es scheint also eine sehr enge Verbindung zwischen der Staatsanwaltschaft und der Deutschnationalen Volkspartei und auf dem Wege über die Deutschnationale Volkspartei zu den Nationalsozialisten zu bestehen. Das ist bezeichnend für die Verhältnisse in Sachsen.

Nun hat der Herr Abg. Frißsche gesagt, jede Beschwerde, die über die Vorkommnisse in Dresden bei der Polizei eingeht, wird gründlich untersucht, das heißt also, die Polizei, die in diesem Falle Angeklagter ist, ist auch Richter, Richter in eigener Sache. Eine merkwürdige Untersuchungsmethode! Daß wir dazu kein Vertrauen haben können, ist ganz selbstverständlich, und daß dabei das herauskommt, was den Herrn Abg. Frißsche freut, was ihm genügt, ist auch ganz selbstverständlich.

Es ist ganz zweifellos, daß die Nationalsozialisten heute eine größere Gefahr für die Arbeiterbewegung darstellen als die Kommunisten, nicht deshalb, weil die Nationalsozialisten stärker sind, sondern deshalb, weil sie von den bürgerlichen Parteien, und besonders von den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien, mit Geld und in der Presse unterstützt werden. Die gesamte bürgerliche Presse mit geringen Ausnahmen verbreitet die Nachrichten zugunsten der Nationalsozialisten. Daß Geld aus den Kassen der Besitzenden in die Kassen der Nationalsozialisten fließt, ist allgemein bekannt. Aus diesen Gründen, weil das

(B) Bürgertum die Nationalsozialisten als ihren Stoßtrupp finanziert und unterstützt, sind tatsächlich die Nationalsozialisten heute eine größere Gefahr für die Arbeiterbewegung als die Kommunisten. Der Abg. Frißsche hat in geradezu unglaublicher Demagogie davon gesprochen, daß man gegen die Arbeitslosigkeit und gegen ihre Folgen etwas unternehmen müsse und daß jede Regierung verpflichtet wäre, das zu tun. Aber alle Gesetze, die vorhanden sind, die zugunsten der Arbeiter und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirken, alle Anträge, die kommen, werden in der maßlosesten Form von den Deutschnationalen und darüber hinaus von den bürgerlichen Parteien bekämpft. (Widerspruch b. d. Dnat.) Ich erinnere nur an das, was die bürgerlichen Parteien im Reichstag gegen die Arbeitslosenversicherung unternommen haben und ständig noch unternehmen, daß sie immer wieder dabei sind, die Versicherung abzubauen, die dazu beiträgt, wenigstens das größte Elend und die größte Not der Arbeitslosen zu mildern. (Zuruf b. d. Dnat.: Wir haben von Arbeitsbeschaffung gesprochen!) Ich komme schon noch darauf. — Bei dem Etat ist dargestellt worden, wie gerade in Sachsen — da haben Sie ja einen Einfluß darauf — die Beträge für die wertschaffende Arbeitslosenunterstützung, wie alle Beträge, die überhaupt Arbeit in Sachsen beschaffen, zusammengestrichen oder überhaupt aus dem Etat herausgestrichen worden sind. Da halten Sie hier eine solche Rede und sagen, es müsse etwas getan werden! Sie haben ja nicht den Willen dazu, denn Ihnen ist dieser Zustand angenehm.

Sie reden von Reparationen: erst Brot, dann Reparationen! Sie sind die Urheber dieser Reparationen, Sie gehörten zu den Kriegshekern während des Krieges, Ihnen dauerte der Krieg nicht lange genug, Ihnen wurde

während des Krieges nicht genug zerstört und nicht genug vernichtet. Sie und Ihre Kreise haben allerdings am allerwenigsten das Recht, darüber zu reden. Es ist eine widerliche Heuchelei, der man in Ihren Kreisen ständig begegnet, die Sie die Urheber dieser Kriegsfolgen sind, die gewillt und bereit waren und es nicht oft genug unterstreichen konnten, dem Gegner das Bleigewicht der Kriegsfolgen an die Beine zu hängen, und die, nachdem Sie den Krieg verloren haben, an Ihren eigenen Beinen das Bleigewicht haben. Den Krieg haben Sie verloren, den Krieg haben die Führenden während des Krieges verloren und nicht die Geführten. Die Geführten haben sich zu unserem Bedauern viel zu lange von den Führern des Krieges führen lassen. Wenn Sie also sagen: erst Brot und dann Reparationen! so ist das genau so wie Ihr Kampf gegen die Arbeitslosigkeit üble Demagogie und ist nur zur Täuschung derer gemünzt, die nie alle werden. Wenn Sie die Anträge, die wir als Sozialdemokraten wiederholt gestellt haben zur Arbeitsbeschaffung, und wenn Sie die Anträge annehmen, die wir bei der Etatberatung stellen werden, dann haben Sie eigentlich erst die Unterlagen zu Ihren Worten gegeben. Aber wir werden den Beweis am Ende führen können, daß Sie nicht zu Ihrem Wort stehen, daß es Ihnen nicht darum zu tun ist, sondern daß Ihnen viel angenehmer der heutige Zustand ist.

Abgeordneter Diekmann: Die Stellung meiner Fraktion zu den Anfragen und Anträgen, die gegenwärtig behandelt werden, ist klar gegeben durch die Erklärungen schon vor einigen Wochen bei der Erörterung der bedauerlichen Hartmannsdorfer Vorfälle. Wir stellen erneut fest, daß die Zusammenstöße der letzten Zeit in Dresden und in einer Reihe anderer sächsischer Städte lediglich entsprungen sind dem politischen Agitationsbedürfnis der kommunistischen Partei, daß rein politische Gründe zu diesen Zusammenstößen geführt haben. Wir können gewiß das Bedürfnis der kommunistischen Partei verstehen, ihre dauernden politischen Niederlagen durch solche Demonstrationen usw. zu verdecken. Wir müssen uns aber auf das entschiedenste dagegen wenden, daß diejenigen, die berufen sind, bei den Zusammenstößen, die sich aus solchen Versuchen ergeben müssen, dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird, nachher angegriffen werden und noch als die Verantwortlichen und die Schuldigen hingestellt werden. Es ist uns daher geradezu ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle erneut der sächsischen Polizei dafür Dank zu sagen, daß sie ihrer schweren Aufgabe, die ihr in diesen Tagen gestellt gewesen ist, in vollem Umfange gerecht geworden ist; und wir freuen uns, diesen Dank ihr besonders auch in dem Sinne zum Ausdruck bringen zu können, als es ihr gelungen ist, trotz der schweren Zusammenstöße — und obgleich diese an zahlreichen Orten, an einem Tage an 18 Orten, stattfanden — ohne Gebrauch der Schußwaffe die Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit wahren und herstellen zu können. (Sehr wahr! rechts.)

Ein kurzes Wort zum Schlusse noch zu dem Falle Kießling, der heute in der Debatte angeschnitten worden ist. Es erstaunt uns ganz außerordentlich, daß ein derartiger Vorfall in der Weise, obgleich man zunächst noch gar keine Unterlagen hatte, in einem gewissen Teil der Presse aufgebaut worden ist. Es liegt vollkommen auf der Hand, daß in Stunden oder Tagen wie denjenigen, die hinter uns liegen, bei diesen Demonstrationen die Polizeikräfte gezwungen sind, von einer Straße zur anderen geworfen zu werden, um den verschiedenen Versuchen, die Ordnung zu stören, begegnen zu können.

(D)